

RS OGH 2003/2/19 13Os3/03

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 19.02.2003

Norm

StGB §31a

StPO §295 Abs1

Rechtssatz

Den Gerichten steht gem§ 31a StGB stets nur die nachträgliche Anpassung ihrer Entscheidungen an geänderte tatsächliche Verhältnisse zu, nicht aber die Anpassung rechtskräftiger Entscheidungen an eine geänderte Normsituation.

Während das Berufungsgericht jene gesetzlichen Ermessensregeln anzuwenden hat, die im Zeitpunkt der Berufungsentscheidung gelten und solcherart einer Änderung der Normsituation bei der (vom Schulterspruch [§ 260 Abs 1 Z 2 StPO] abhängen; vgl § 295 Abs 1 erster Satz StPO) Strafbemessung (noch) Rechnung tragen kann, stellt§ 31a StGB, der die Korrektur des Sanktionsausspruchs (ohne Änderung des Strafsatzes) nach Rechtskraft ermöglicht, ausschließlich auf den für die Ausübung des Sanktionsermessens relevanten Sachverhalt ab und ermöglicht aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit keine Berücksichtigung einer Änderung der Normsituation.

Entscheidungstexte

- 13 Os 3/03

Entscheidungstext OGH 19.02.2003 13 Os 3/03

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2003:RS0117467

Dokumentnummer

JJR_20030219_OGH0002_0130OS00003_0300000_002

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>